

II-198 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

IX. Gesetzgebungsperiode

23.7.1962

291/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Probst, Holoubek, Kratky und Genossen an den Bundeskanzler, betreffend die versuchte politische Beeinflussung des österreichischen Fernsehens durch den Generalsekretär der ÖVP.

-.-.-

Erst vor einigen Tagen mußten die unterzeichneten Abgeordneten auf die politische Beeinflussung des österreichischen Rundfunks durch das Generalsekretariat der ÖVP hinweisen. Nunmehr ist den unterzeichneten Abgeordneten wieder ein Sachverhalt zur Kenntnis gelangt, der zeigt, daß auch das Fernsehen von den politischen Beeinflussungsversuchen durch den ÖVP-Generalsekretär nicht verschont bleibt, wenn dieser auch dabei, da es sich beim Direktor des Fernsehens nicht - wie beim Generaldirektor des Rundfunks - um einen ehemaligen ÖVP-Generalsekretär handelt, nicht von Erfolg begleitet war.

Im Zusammenhang mit dem drohenden Arbeitskonflikt bei der Post- und Telegraphenverwaltung wurde vom Fernsehen den Vertretern beider Partner Gelegenheit gegeben, ihre Ansicht vorzutragen. Für den Dienstgeber sprach der Generaldirektor der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung, Sektionschef Dr. Benno Schaginger, für die Dienstnehmer der Zentralsekretär der Gewerkschaft der Post- und Telegraphenbediensteten, Nationalrat Edmund Holzfeind.

Obwohl also der Konflikt von beiden Seiten kommentiert wurde, verlangte zuerst der Generaldirektor des Rundfunks im Auftrag des Generalsekretärs der ÖVP und sodann der Generalsekretär der ÖVP selbst, daß die ÖVP auch zu dem Konflikt Stellung zu nehmen wünsche. Als der Direktor des Fernsehens unter Hinweis auf die Richtlinien der Rundfunkgesellschaft das Verlangen der ÖVP, also einer politischen Partei, ablehnte, wurde ihm mit einer Pressekampagne gedroht.

Die Objektivität des Fernsehens geht daraus hervor, daß die zuständigen Minister (Waldbrunner und Klaus) selbstverständlich zu Wort kamen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die nachstehende

291/J

- 2 -

Anfrage:

Ist der Herr Bundeskanzler bereit, sich dafür einzusetzen, daß dem in der Anfrage 289/J zitierten Gesellschafterbeschuß entsprechend jeder Versuch unterlassen wird, die Programme des österreichischen Fernsehens einseitig einer Partei dienstbar zu machen?

-.-.-